

## Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!

Mitglied im Dachverband  
Initiativen  
für erfolgreiche  
Integration  
Hamburg



Hamburg, den 03.03.2016

### PRESSEMITTEILUNG

**Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek fordert eine erhebliche Ausweitung der offenen Kinder und Jugendarbeit in Neugraben-Fischbek. Aktueller Sachstandsbericht zeigt bereits heute eine deutliche Überforderung der Sozialarbeiter. Ohne eine umfangreiche und nachhaltige Mittelerhöhung und Personalaufstockung ist die Jugendarbeit als wichtiger Pfeiler der Integrationsarbeit für die geplanten Flüchtlingsunterbringungen unmöglich!**

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! fordert erneut eine erhebliche Ausweitung der offenen Kinder und Jugendarbeit (OKJA) in einem langfristigen und zweckgebundenen Fonds für Neugraben-Fischbek und den Bezirk Harburg.

Am 02.03.2016 wurde auf Antrag der FDP im Jugendhilfeausschuss der Bezirksversammlung Harburg ein Erfahrungsbericht und aktuelle Bedarfsschätzungen durch die Träger der offenen Kinder und Jugendarbeit vorgestellt. Das Ergebnis der Berichte aus Harburg Kern und Süderelbe war besorgniserregend. Ein Auszug aus den dargestellten Punkten zeigt im Bezirk Harburg:

- **Überforderung** der Mitarbeiter **in allen Bereichen** trotz hohem Engagement
- **Z.T. angespannte und unruhige Situation**, in der vermehrt Angst geäußert wird. Dies bezieht sich auf zunehmende soziale Abhängung des Bezirkes und Vermehrung von Parallelwelten
- **Verschwundene Anfangseuphorie** – aktuell schwankt die Stimmung zwischen dumpf und differenziert,
- **Problematische Unterkunftgröße** für pädagogische Arbeit. Kleinere Einheiten sind für bestimmte Zielgruppen besser geeignet.

Darüber hinaus bemängelten die Anwesenden einen zu geringen Anteil der weiblichen Kinder und Jugendlichen aus den Flüchtlingsunterkünften, die die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Anspruch nehmen. Teilweise müssen diese direkt aus den Unterkünften abgeholt und dorthin zurückgebracht werden, dies sei jedoch aufgrund des fehlenden Personals nicht möglich.

Die Personalausstattung wurde von den anwesenden Mitarbeitern der OKJA als nicht ausreichend dargestellt, um die aktuellen Herausforderungen der Integration der Flüchtlinge zu leisten. Die Anzahl der Besucher erhöhte sich aktuell um ca. 15-20 %. Da die Arbeit mit den Flüchtlingen einen erheblichen Mehraufwand bedeute (die Anwesenden sprachen von einem fast dreifachen Aufwand), würden die Mitarbeiter

in den Einrichtungen um fast 50 % mehr Arbeit leisten müssen, damit die Integration tatsächlich gelingt.

Aktuell engagieren sich viele Ehrenamtliche in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Die anwesenden Mitarbeiter der Einrichtungen sprachen sich jedoch ausdrücklich für mehr professionelle Mitarbeiter aus, die auf diesem sensiblen Gebiet die dringend notwendigen speziellen pädagogischen Fachkenntnisse einsetzen können.

Vor diesem Hintergrund fordert die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek den Senat und die Bürgerschaft, auf den Worten Taten folgen zu lassen und konkret:

- einen **langfristigen** mindestens 15 Jahre laufenden abgesicherten **Fonds** für offene Kinder und Jugendarbeit aufzulegen,
- diesen **mit ausreichend Mitteln auszustatten** – für Neugraben-Fischbek halten wir einen jährlichen Bedarf von 25 Sozialarbeitern und 1 Millionen € für Angebote als zielführend – sowie
- diesen Fonds den jeweiligen Bezirksversammlungen **zweckgebunden** zur Verfügung zu stellen.

Dabei sind laufende Unterdeckungen mit zu berichtigen. Diese Mittel müssen entweder zusätzlich zu den laufenden gestaltet oder mit diesen Budgets zusammengeführt werden. Dabei ist deutlich zu unterscheiden, dass die Personalschlüssel für die Flüchtlingsunterkünfte (in Neugraben-Fischbek 1:80) nicht für diese Angebote ausgewiesen sind. Vielmehr sind diese Mitarbeiter mit der Betreuung aller Bewohner, u.a. bei Behördengängen, beschäftigt und sind mit einer Regelarbeitszeit von 8-16 Uhr auch nicht mit den Angebotszeiten der offenen Kinder- und Jugendarbeit vereinbar.

**Orga-Mitglied Jan Greve:** Das ausgerechnet bei Kindern – den schwächsten der Gesellschaft – die Integrationsarbeit ohne ausreichende Mittel da steht, ist absolut unverständlich. Vor diesem Hintergrund ist es löblich, dass der Bezirk Harburg diese Arbeit in den vergangenen Jahren immer wieder durch Sondermittel gestützt hat. Dass diese Mittel gerade in dem Jahr nicht mehr verfügbar sind, in dem die Kinder und Jugendarbeit besonders wichtig wird, zeigt, dass es Zeit wird, die direkte und zweckgebundene Mittelausstattung anzupacken und deutlich zu erhöhen.

**Orga-Mitglied Volker Jahnke:** Ein Verweis auf die Schlüssel für Sozialarbeiter in den Flüchtlingsunterkünften ist absolut ungenügend. Schon die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) spricht in Ihrem Anhörungsschreiben zur Unterkunft am Aschenland II an, dass der Arbeitsschwerpunkt dieser Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in der Verweisberatung, der Krisenintervention und in der Akzeptanz- und Öffentlichkeitsarbeit gegenüber der Nachbarschaft liegt. Die Belange der Kinder- und Jugendarbeit sind damit nicht abgedeckt. Es bedarf daher dringend einer zusätzlichen Personalaufstockung.

**Orga-Mitglied Ute Skolinski:** Wenn wir die Integration ernst meinen, dann sind insbesondere Kinder und Jugendliche Zielgruppe der verstärkten Arbeit. Neben Kitas und Schulen dürfen wir die Angebote in der restlichen Zeit nicht außer Acht lassen. Hier sind die Arbeit und die Leistungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit ein elementarer Bestandteil. Besondere Zeiten sind besondere Herausforderungen. Die-

se dürfen nicht an Budgets scheitern. Lassen wir den Worten „Gute Integration“ auch Taten folgen.

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek hält an Ihren Forderungen fest:

1. verbindliche Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek
2. faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle 104 Hamburger Stadtteile
3. Dialog zwischen Bürgern und Politik zur Gestaltung der Flüchtlingsunterbringung.

---

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!

Pressekontakt: Jan Greve

Email: [mitmachen@binf-online.de](mailto:mitmachen@binf-online.de)

Web: [www.binf-online.de](http://www.binf-online.de)

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

*Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben-Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.*